

Nebrauer Anzeiger

Original:
Mittwoch und Sonnabend
Abonnementpreis:
vierteljährlich 90 Pf., pränumerando durch die Post oder andere Boten 1,05 Mark, durch die Briefträger frei ins Haus 1,30 Mt.

für Stadt und Umgegend.

Insertionspreis:
für die 1spaltige Korpus-Zeile oder deren Raum 10 Pf., Reklamen pro Zeile 15 Pf.
Anzeige
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Antifisches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. M.

Nr. 102.

Nebra, Mittwoch, 22. December 1897.

10. Jahrgang.

Die Kieler Rede des Kaisers

Sein Absicht von seinem Bruder und den übrigen nach Ostasien bestimmten Marineoffizieren hat nicht nur im Reich, sondern auch im Ausland eine tiefgehende Beachtung gefunden.

Man ist darüber klar, daß die Kaiserrede ein Programm bedeutet, das Deutschland in Zukunft nicht wieder zu kurz kommen will, wenn irgend ein neu erschlossenes Gebiet aufgeweicht werden soll. Gleichberechtigung mit andern Großmächten, so lautet das Programm, mit dem eben jene Großmächte in Zukunft zu rechnen haben werden.

Da ist es denn erklärlich, daß besonders England gänzlich ganz betroffen ist und die Presse dieses Landes der Kaiserrede gegenüber eine geneigte Stellung einnimmt. Die Engländer betrachten den überseeischen Handel als ihr Monopol und eben, der durch Unfähigkeit und Leistungsfähigkeit dieses Monopols durchbrochen, als ihren geschworenen Feind. Während Frankreichs Handel sich in relation die Dinge befindet, hat sich Deutschlands Auslands-Handel seit der Gründung des Reiches kolossal vermehrt. Was Wunder, daß die Engländer darüber aus der Haut fahren möchten. Bisher aber hatte der deutsche Handel mehr oder weniger auf eigene Gefahr operiert und nun kommt Kaiser Wilhelm, der seit dem Transvaal-Zwischenfall sowie schon an Beliebtheit bei den Engländern viel eingebüßt hatte, und erklärt es als seine kaiserliche Pflicht, den den Engländern so sehr verhassten deutschen Ueberseehandel noch besonders zu beschützen. Man kann sich leicht vorstellen, daß das die guten Engländer vollends aus dem Häuschen bringen muß und wirklich sind die Auslassungen der Londoner Mäntel über die Kieler Kaiserrede für gutbeachtete Gemüter keine angenehme Lektüre.

Standards, Daily News' und Daily Chronicle' ergehen sich in lauslichen Bemerkungen und glauben, das „theatralische Gepränge“ in Kiel diene nur dazu, Propaganda für die Marineverlei zu machen, während die „Times“ fürchten, die Kieler Rede müßte zu den unglücklichsten zählen, die von den Lippen ihrer erlauchter Urheber jemals gesprochen seien. Morning Post' mußtober, der Kaiser hoffe durch eine kluge auswärtige Politik den inneren Schwierigkeiten zu begegnen. Daily Telegraph' hat Verortheilung wegen Mißtrauens. Sein Berliner Korrespondent will aus gutinformierter diplomatischer Quelle wissen, die russische Regierung unternehme keineswegs die deutsche Politik in China. Alle interessierten Mächte, nämlich England, Frankreich und Japan, werden nach dem Umwälzung der Ereignisse und Beziehungen des Vorgehen Deutschlands vom „moralischen Gesichtspunkte“ als außer allem Verstandesstehend mit dem nächsten Anrecht. Es entspricht jedoch ihren Zwecken, vorläufig nur den Beobachter zu spielen. — Das ist die englische Auffassung, die ja von vornherein dem deutschen Vorgehen nicht freundlich gegenübersteht.

Auffallend ist besonders die Betonung des „moralischen Standpunktes“ von englischer Seite! Eine Nation, die den Dünmützig gegen China, die eigenartige Benützung des Sponsaufandes in Indien, die Jambon-Expedition gegen Transvaal auf dem Gewissen hat, macht „moralische“ Einwendungen, wenn Deutschland seine Kaufleute und Missionare in China zuhänftig helfen schützen will, als dies bisher geschehen ist!

Wie klar im übrigen der Siao-Tschang-Fall die englischen Sinne vermisst, zeigt die ausgebreitete Enttäuschung, die die englische Presse bereitet. Fast täglich wird irgend eine erlogene Nachricht durch das famole Bureau Dalziel fortportiert. Die neueste Mitteilung dieses Stafflers besagt, daß Deutschland beabsichtigt, Schantung mit deutschen Familien zu bevölkern (?), Siao-Tschang zu einem offenen Hafen zu machen, die Eisenbahnen und Bergwerke in den Händen zu behalten. Die chinesischen Truppen, die Siao-Tschang räumen, zeigen sich auf Verleite aus Befehl noch weiter zurück, um Konflikte zu vermeiden. Der eigentliche Tölpelzug ist unbillig die das Verhalten der Berliner Regie-

zung in Angelegenheit der Degradation des Gouverneurs von Siao-Tschang, da er fürchte, es würde die Loyalität der Mandarinen erschüttern. Die Regierung hätte den Forderungen der Deutschen nicht ohne Kampf nachgeben sollen. Dagegen scheint Japan mit der deutschen Unternehmung einverstanden zu sein.

Als Gegenstück soll hier noch die zwar etwas überhöfliche, aber doch durchaus deutsch-freundliche Auslassung der römischen „Tribuna“ über die Kieler Kaiserrede eines Platz haben. Das Blatt meint, die Rede des Kaisers Wilhelm und die Antwort seines Vorgesetzten spiegeln wunderbar das Bewußtsein einer auf dem Gipfel ihrer Entwicklung angelangten Kraft wider; sie sind wie der Schrei der Seele Deutschlands, das sich zu immer höherem Fluge erhebt, wie der Adler auf den Fahnen seines Vorgesetzten und seiner Flotte.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die beiden Kriegsschiffe „Deutschland“ und „Gefion“ unter Führung des Prinzen Heinrich sind nun nach China unterwegs. Der Kaiser hat sich in Kiel von seinem Bruder, dem Schiffschlepper und Mannschaften verabschiedet und hat ihnen dem Kaiserlichen Kommando in Friedrichshagen einen adershalbstündigen Besuch abgestattet. Geleitwort von Stabkapitän und Fährschiffskapitän haben dem Kaiser nach Kiel Glück- und Segenswünsche für die ausdauernden Schiffe gelangt und haben darauf sehr hübsche Antworten erhalten. Alle diese Beirathen geben der Presse Stoff zu den mannigfachen Gerüchten, die sich auf die allgemeine Lage im Innern, und auf die Marineverlei beziehen.

* Der zweite Bundesstaat, dessen Zustimmung der Militär-Strapazegeschworenur nicht gefunden, ist Meckl. u. L.

* Die vom Reichstag zur Vorbereitung der Militär-Strapazegeschworenur eingesetzte Kommission sollte eigentlich noch vor Eintritt in die Reichstagsferien getätigt werden. Die Möglichkeit kam aber nicht verwirklicht werden. Die Wahl wird deshalb erst nach dem 11. Januar erfolgen und alsdann die Kommission sofort ihre Tätigkeit aufnehmen. Bezüglich des Vorgehens neigt man sich dahin, dieses Amt dem Führer der Konvention von Dechow zu übertragen. Die Verhandlungen zwischen den Parteien über diesen Punkt schweben.

* Die geplante Reorganisation der Feldartillerie soll nach der Volkseigentümlichkeit zunächst eine Verbesserung des Anstammens der Offiziere bedeuten. Die Reorganisation würde die Batteriestärke vermehren. Die Volkseigentümlichkeit, es gebe bei der Feldartillerie sieben Bataillone, welche Kompanienpatente von 1806 und 1808 haben und Obersten, aber nach nicht Verwirklicht worden sind. Bei der Reorganisation aber gebe es 13 Bataillone, welche Regimentern Kompanien und Kompanienpatente bis 1873 hinab besitzen. Auch habe die Feldartillerie nur eine einzige Generalstellung zu belegen. Aus den Bemerkungen der Reorganisation der Feldartillerie will die Volkseigentümlichkeit auch ein Entgegenkommen des Reichstags auf die weitere Fortsetzung, wenn nur richtig geordnet werde.

* Der preuss. Minister des Innern hat beschlossen, daß den zur Entlassung kommenden mittellosen Unterzungenangehörigen, ebenso wie den betreffenden Strafgelassenen zum Zweck ihrer Juridifortbildung in die Heimat der für die Fahrt erforderliche Betrag und eine angemessene Unterzungenzahlung gewährt wird.

* Nach dem letzten Krankenversicherungsgeleite sind die Versicherungsleistungen, welche die Krankenkassen für die Krankenkassen zu übernehmen. Von dieser Bedeutung machen die Versicherungsleistungen immer mehr Gebrauch. Während im Jahre 1895 dafür 316 354,83 Mt. ausgegeben waren, belief sich die gleiche Summe für 1896 schon auf 490 139,63 Mt. Versicherungsleistungen und Auszahlungsleistungen betreffen damit über das Maß der gelegentlichen Verpfändung hinausgehende Aufwendungen, erleichtern gleichzeitig aber auch die Folgen der Verletzungen auf die Rentenbesitzer. Auch hier fällt das Interesse der Arbeiter mit dem der Versicherungsleistungen und Auszahlungsleistungen genau zusammen.

* Die Disziplinardarle gegen den Kriminalkommissar v. Leuch wird am

5. Januar verhandelt werden. Die einschneidende Disziplinardarle erster Instanz ist im vorliegenden Falle das Polizeipräsidium. Herr v. Leuch wird sich selbst verteidigen. Die Verhandlung, welche im Gebäude des Polizeipräsidiums stattfindet, ist nicht öffentlich.

Oesterreich-Ungarn.

* Der ungarische Graf Jichy, von dem kürzlich Neuigkeiten über Kaiser Wilhelm durch die Presse gingen, hat das Oesterreich-Telegraphen-Bureau erlucht, in seinem Namen zu erklären, daß Kaiser Wilhelm mit ihm weder über die kaiserliche Angelegenheit, noch über die österreichische oder ungarische parlamentarische Lage gesprochen hat.

Schweiz.

* Die Schweizer Bundesversammlung in Bern wählte mit 133 von 150 Stimmen den Anführer bei dem Reichstagspräsidenten Müller-Bern (tabula).

England.

* Von allen Seiten wird bekämpft, daß die Verhandlungen des ans je drei Vertretern der Parliamentsmitglieder und 11 Vertretern der Konferenz beschickten Ausschusses eine verhältnismäßig betriebene Fortgang genommen haben. Der Ausschuss hat den Bericht über die Vorschläge angenommen, welche nach Ansicht der Arbeitervertreter mit einer einzigen Ausnahme den Arbeitern als annehmbar erscheinen dürften. Diese Ausnahme besteht in der Grundbedingung der Gesamt-Vertragschiffen, welche den Arbeitern bei dem Reichstagspräsidenten Müller-Bern (tabula) steht.

Spanien.

* General Bexler, der gegenwärtig in Madrid eine von Zweideutigkeit nicht freie Rolle spielt, sollte auf der Eisenbahnfahrt das Zielobjekt eines anarchistischen Komplotts werden. In Saragozza wurde ein Anschlag von seinen Genossen zur Verantwortung gezogen und gescheitert, weil er die ihm in den Funktionen nicht angehörit hatte. Das anarchistische Komplotz besuchte, die vom General früher in Barcelona angeordneten Exekutionen von Anarchisten auf dem Monjuich zu rächen. Die Unterdrückung wegen dieses Komplotts wird in Saragozza geführt.

* Anlässlich der Meldung von der Wiederherstellung der Ruhe auf den Philippinen erschienen in Madrid am Donnerstag die Häuser besetzt; abends fand eine Illumination statt.

Russland.

* Die russische Telegraphen-Agentur meldet: Das russische Geschwader unter dem Kommando Admiral Remow ist soeben in Port Arthur eingelaufen, um dort den Winter zu verbringen, mit voller Zustimmung der chinesischen Regierung. Dieser Akt ist ausschließlich begründet durch das Bedürfnis einer provisorischen Intervention und es kann nicht die Rede von einer erzwungenen Okkupation und von irgend einer Demonstration oder belästigen Absicht gegen China, Deutschland, Japan oder irgend eine andere Macht sein.

* Die Meldung, daß die russische Regierung Unterhandlungen angeknüpft, um von Frankreich die Abtretung des tunesischen Hafens von Bizerta zu erlangen, und daß die französische Regierung nach einigen Stunden ihre Zustimmung erteilt habe, war noch geeignet, in Italien, sowie in England Aufsehen zu erregen. Der „Brüsseler Nord“, der sich selbst als französisch-russisches Organ bezeichnet, bemerkt, daß nach seines Kriegsgeheimnis in Mittelasiatischen Meere bedürfte, da das veränderte Frankreich dort über eine mehr als hinreichende Anzahl Kriegsflotten verfüge. Das Blatt hat jedoch hinzugefügt: „Aufgrund des höchsten eines Punktes, mo es eine Komplikation entstehen könnte.“

Balkanstaaten.

* Die Gelbfieber der Türkei dauert fort. Die Verhandlungen mit der Ottomant wegen eines Vorstufes sind bisher ergebnislos gewesen. Um dem dringenden Geldbedarf abzuhelfen, sind 100 000 Pfund aus dem in der Ottomant hinterlegten, durch öffentliche Sammlungen für die Arme gebildeten Kriegslohn entnommen worden.

* Auf Serbien besteht wieder volkstümliche Anarchie, verursacht durch allge-

meine Hungersnot. Nachdem die kaiserlichen Truppen wiederholt den Nordon überdrückt und die Missethäter überfallen, vertrieben, verurteilt oder getötet hatten, um sich in den Besitz von deren Verbeuten zu setzen, trat auf Veranlassung des englischen Kommandanten das Kontingents zusammen, um die Anführer aufzufordern, den Raub herauszugeben, wozu aber wenig Hoffnung vorhanden ist, da seit der Einnahme des Anführerhauptquartiers seitens der Organisation im Innern aufgehört hat. Man beabsichtigt Repressalien von den Missethättern.

Deutscher Reichstag.

Am 17. d. eröfnet das Sans zunächst einige Rednerreden und legt sodann die erste Lesung der Militärstrapazegeschworenur vor.

Hg. Wasseremann (nat-lib) erlucht in der Vorlage einen Fortschritt, für dessen Erreichung man dem Reichstagspräsidenten zu dankt verpflichtet ist. Zunächst drängen sich über manche Bestimmungen hervorzuheben. Man erhebt den Vorwurf, daß die Entwurf das Ergebnis einer sehr verlässlichen Einwirkung ist. In einzelnen Fällen der Redner an der Vorlage eine einseitige Kritik, so z. B. an der verfahrenen Behandlung der verabschiedeten und der zur Disposition gestellten Offiziere, an der zu weiten Ausdehnung der Zuständigkeit der Militärgerichte und der Gerichtsverfahren, sowie auch der Standpunkte der kaiserlichen Behörden gegen die Einwirkung der Justiz, gegen die Einwirkung der Zulassung von Rechtsmitteln, gegen den Fortschritt durch die Staatsliste u. s. w. Die Kommission teilt eine Erklärung der Frage an, ob nicht das Institut des fliegenden Richters für die Standgerichte einzuweisen ist, das sich in Bayern so gut bewährt habe. In den Reichstagspräsidenten erlucht er die Antwort, ob nicht das Ministerverbot zu verhängen sei werde. Den Gründen für das Ministerverbot eines bairischen Obersten Reichsgerichts kam er eine überzogene Kraft nicht beifolgt.

Hg. F. v. L. (nat-lib) leit den Umfang der Militärstrapazegeschworenur viel zu weit gefasst, was er auf die Neigung des Militarismus zurückführt, seinen Einfluss möglichst auszubüden. In welche Richtung gerate der Soldat, wenn nur von einer Seite gedrückt werde, er müßte gegenwärtig auch auf Vater und Mutter schreien, und wenn auf der anderen Seite das drückende Gebot verlange, Vater und Mutter zu ehren. Inhabitor für die Behauptung, daß alle Zustände am Reichs-Präsidenten zur Weite gebracht werden müßten, wenn die Freiheit seiner eigenen politischen und religiösen Meinung ausgeübt; daß ist unethisch und menschenunwürdig.

Reichstag v. B. (nat-lib) bemerkt dem Redner, dieser Ausdruck entziehen dürfen zu müssen.

Generaldirektor Jitzschak lehnt auf Grund der oekonomischen die Väterlichkeit des Gesetzes ab und hält den Vorredner entgegen, daß die Sozialdemokraten niemals einig werde, dem er verleihe unter Disziplin unbedingte Eingabe an den König, unbedingte Treue zum Kaiser, unbedingten Gehorsam gegen Befehl des Reichs-Präsidenten und die Pflege der edlen Kameradschaft. Am Zukunftsstaate der Sozialdemokraten würde man eine bewaffnete Gesellschaft haben, für die ein humanitäres Verhalten nicht sei, und die auf kürzestem Wege zur Weite gebracht werden müßten, wenn sie nicht Dörre pariere. Redner verteidigt dann den Entwurf. Darin, daß man zu jedem Kriegsgericht nur einen Juristen zuzüge, lege kein Mißtrauen, sondern im Gegenteil ein Vertrauen in den Juristen. Eine so humane Militärstrapazegeschworenur für Deutschland habe kein geistiger Staat in der ganzen Welt.

Hg. Graf Bernh. v. Sauerb. (nat-lib) erlucht das Bedürfnis nach einer klaren Vorlage an die erste öffentliche Fortschritt gegen früher, gebe Eintheilung des Reichs für Deutschland, Österreich und Mitteldeutsch. Eine ganze Anzahl von Juristen müßte heute eine Abklärung des Gesetzesentwurfes man müßte dabei nicht zu weitgehende Abänderungen vornehmen, sondern eine einseitige Annahme zu vermeiden haben.

Hg. F. v. L. (nat-lib): Die Vorlage enthält keinesfalls modernen Anschauungen, wie der Reichstagspräsident behauptet, vielmehr hat der Herr Reichstagspräsident sein Verpfändung einer Vorlage mit modernen Anschauungen in ähnlicher Weise gehalten wie sein anders bezüglich des Gesetzesentwurfes man müßte dabei nicht zu weitgehende Abänderungen vornehmen, sondern eine einseitige Annahme zu vermeiden haben.

Hg. F. v. L. (nat-lib): Die Vorlage enthält keinesfalls modernen Anschauungen, wie der Reichstagspräsident behauptet, vielmehr hat der Herr Reichstagspräsident sein Verpfändung einer Vorlage mit modernen Anschauungen in ähnlicher Weise gehalten wie sein anders bezüglich des Gesetzesentwurfes man müßte dabei nicht zu weitgehende Abänderungen vornehmen, sondern eine einseitige Annahme zu vermeiden haben.

Waldemar Kabisch

empfehl **zum Weihnachts- und Neujahrs-Feste** billigt:

feinen und feinsten Punsch, feinste Tafelkore, feinen und feinsten Rum, Arac, Cognac und Eiercognac. = Rhein-, Mosel-, Bordeaux-, Sauternes-, Burgunder, Italienische, Spanische, Griechische, Cap- und Ungar-Weine. = Französischen, Deutschen und Apfelwein-Champagner, = Cigarren, Cigaretten und Rauchtobake in allen Preislagen. = Apfelsinen, Citronen, Traubenrosinen, Krachmandeln, Feigen und türkische Pfäunen. = Geräucherten Aal, Aal und Lachs in Gelée, Bratheringe, Bücklinge, Sprotten, Neunaugen, Sardinen. = Ural-Caviar, Emmenthaler, Neuchâtel, Kräuter-, Parmesan- und Backstein-Käse. = Ochsenzungen und Corned-Beef. = Feinste Nürnberger Lebkuchen und Macronenplätzchen, sowie Pralinen- und Chocoladen von Suchard in Neuchâtel.

Dies heil. Weihnachtsfest wegen erscheint die nächste Nummer Freitag früh. Inferate werden bis Donnerstag Abends 5 Uhr erbeten.

Vanillezucker, Puderzucker, Rosenwasser, sämtliche Backgewürze, Otto Wobig.

empfehl
Offerte zum Weihnachtsfest:
Braunschweiger Mettwurst, ff. gefochten Schinken, Serelatwurst, Christbaumwürstchen zum Christbaum-schmuck.
Alwin Noack.

Zur Festbäckerei empfehle:

Rosinen, Corinthen, Sultaninen, Mandeln, Citronen, Citronat, Margarine, feinste Marke.
Otto Wobig.

Ich bestelle vom 1. December ab mein **Brot** von Herrn Bäckmeister Fr. Weidich aus Altenroda. Da ich dasselbe nur als gute Waare empfehlen kann, bitte ich um gütigen Zuspruch.
Henriette Stange.

Zu **Festgeschenken** empfehle:
Parfümerien in Flaschen von 50 Pfg. an bis 2,50 Mark und in feinen Cartons.

Hochfeine Toiletteseifen, Echte Eau de Cologne, Dörings-Seife in Cartons mit Weihnachtszugeabe.
Otto Wobig.

Chocoladen,
à Pfund 1,00, 1,20, 1,40, 1,60, 2,- Mf.
empfehl **Otto Wobig.**

Pilsener Bier und Köstritzer Schwarzbier hält stets auf Lager Fritz Eigendorf.

Cigarren zu Weihnachtsgeschenken in allen Preislagen.
empfehl **Otto Wobig.**

Christbaumconfect, Christbaumschmuck, Wachsstöcke, Lichte, in größter Auswahl bei **Otto Wobig.**

Zu mietben gesucht in Nebra oder nächster Nähe mehrere Zimmer event. ganzes Häuschen. Angebote erbitte unter A. B. durch die Expedition d. Bl.

Verloren wurde am Sonntag im Kreis Hof ein silb. Armband. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe gegen eine Belohnung abzugeben in der Exped. d. „Nebra Anz.“

Weihnachts-Ausverkauf.

In reicher Auswahl zu billigsten Preisen empfehle:
Damen- und Kinder-Capotten in Zeide, Plüsch und Wolle, wollene Damen-Kragen, Kopftücher in Wolle und Gemelle, Ball-Shawls, Handschuhe in allen Sorten, Seidene Herren- und Damentücher, Spitzen-Kragen, Damen- und Kinder-Corsetts, Tüdel-Schürzen, schwarze Schürzen, Kinder-Schürzen.

Garnirte Damen- und Kinder-Hüte wegen vorgerückter Saison weit unter dem Herstellungspreise.
Anna Weidner, Burgstraße.

Hüte! Mützen! Pelzwaaren!

Da ich das Waarenlager meines verst. Vaters übernommen habe, empfehle bei tieferer Auswahl Hüte, Mützen und Pelzwaaren aller Art zu enorm billigen Preisen.
Zurückgesetzte Mützen und Hüte fannend billig.
Otto Maess, Kirchener.



Als passende **Weihnachtsgeschenke** empfehle:
Tisch-, Wand- und Hängelampenkoblen u. Torfkasten, Reibmaschinen, Glanz- u. Glühstoffplätzen.
Auch:
Puppen, Pappbetten, Möbel Service, Platten, Bankasten, Werkzeugkasten, Kegel, Eisenbahnen, Zinnoldaten, sortirte Spiele, Pferde, Dampfotore, Schiffe, Magica-Laternen u. a. m.



Alle Arten Uhren empfehl **Carl Precht** Namburg a. S., Markt 10.

Nebra, Louis Neuse, Klempnermeister.

Schuhwaaren!

Sämmtliche Schuh- und Stiefelwaaren, sowie Socken, Pantoffeln, empfehl zu den billigsten Preisen
Hermann Sachse.

Flaschenbier.

Zur gef. Kenntnis, daß ich die Brauereilage der Dettler'schen Brauerei zu Weissenfels übernommen habe und empfehle:
Bier, nach Pilsener Art gebraut, 25 Fl. 3 Mk. Lagerbier, 30 Flaschen 3 Mark. Exportbier, 21 Flaschen 3 Mark, ferner: Eßt Culmbacher, 18 Flaschen 3 Mark. Köstritzer Schwarzbier, 24 Fl. 3 Mark.
Moritz Elsner, Brauerei Wemungen.
Sämmtliche Biere werden auf Wunsch auch in Fässern geliefert.
Eine untere **Wohnung** hat zum sehr bequeme 1. Jan. oder später zu vermieten Wwe. Minna Burg.

Schöne Christbäume

hat zu verkaufen **Robert Kretzschmar, Schloßberg.**
Visitenkarten fertigt sauber und billig **K. Stiebig, Nebra**
Aus Dankbarkeit und zum Wohlwollen Magenleidende gebe ich Jedermann gern unentgeltliche Auskunft über meine ehemaligen Magenbeschwerden, Schmerzen, Verdauungsstörung, Appetitmangel u. d. d. und werde mich, wie ich ungeduldet meines hohen Alters hieron bereit und gesund geworden bin.
F. Koch, König, v. d. Höfster, Kömbfen, Post Nieheim (Westfalen).
Rechnungen sind stets zu haben in der Buchdruckerei Nebra.

Krieger-Verein.

Zum 1. Weihnachtsfeiertage findet im Saale des **Preussischen Hof-Theater** Vorstellung zum Besten der Unterstützungsfasse statt. Eintrittsgeld für Mitglieder 20 Pfg., für Nichtmitglieder 30 Pfg. Anfang punct 7 1/2 Uhr. Um zahlreiche Theilnahme bitte! **Der Vorstand.**

Turn-Verein.

Montag, den 3. Weihnachtsfeiertag **Concert und Ball** im Schützenhaus. Anfang 7 Uhr Abends. **Der Vorstand.**

Gasthof z. Schiffchen.

Zum 2. Weihnachtsfeiertag, von Nachmittags 3 Uhr ladet zum **Tanz,** und abends zum **Christbaumabtanzen** ganz ergebent ein **G. Hohmann.**

Biegenburg.

Sonntag, den 2. Weihnachtsfeiertag, von Nachm. 3 Uhr ab **Tanzvergnügen,** wozu freundlichst einladet **O. Wirtsmann.**

Statt besonderer Meldung. Gestern Nachmittag 2 Uhr entschlief sanft unser liebes Söhnchen **Hermann** im Alter von 2 Jahren. Dies zeigen mit der Bitte um stille Theilnahme tiefbetriibt an **Nebra, den 21. December 1897. Herm. Ethner und Frau.**

Einladung, Abonnement.

Am 1. Januar beginnt wiederum ein neues Quartal auf den **„Nebraer Anzeiger“** und laden wir zu recht reichlicher Bestellung des selben freundlichst ein. Dem „Nebraer Anzeiger“ wird vom 1. Januar 1898 ab auf allgemeinen Wunsch der gef. Leser als Beilage wochentlich ein achtseitiges **Illustriertes Sonntagsblatt** und vierseitige eine **landwirthschaftliche Beilage** beigegeben und beträgt der Abonnementpreis pro Vierteljahr in der Expedition 1,05 Mf., von dem Boten ins Haus gebracht und durch die Post bezogen 1,20 Mf. Die gef. Postabonnenten bitten wir, die Erneuerung des Abonnements thunlichst bald bei ihrer Postanalt oder dem Landbotenbräger zu bezeichnen, damit keine Unterbrechung in der Zeitung eintritt. **Sodastend Expedition des „Nebraer Anzeiger“.**

Ganz besonders günstige Gelegenheit für **Weihnachtseinkäufe** bietet mein Ausverkauf für Jedermann, da ich nur gute und reelle Qualitäten führe und dieselben zu enorm billigen Preisen abgebe.
Nebra, Breite Strasse. Clara Sachse.

Proportion und Druck der drei ersten Seiten von Hermann Wendt's Verlag in Berlin. Redaction und Druck der vierten Seite und Verlap von Karl Stiebig in Nebra.

Nebrauer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Antifliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. M.

Ar. 102.

Nebra, Mittwoch, 22. December 1897.

10. Jahrgang.

Die Kieler Rede des Kaisers

heim Absicht von seinem Bruder und den übrigen nach Ostasien bestimmten Marineoffizieren hat nicht nur im Reiche, sondern auch im Ausland eine tiefgehende Beachtung gefunden.

Man ist darüber klar, daß die Kaiserrede ein Programm bedeutet, das Deutschland in Zukunft nicht wieder zu kurz kommen will, wenn irgend ein neu erschlossenes Gebiet aufgeweicht werden soll. Gleichberechtigung mit andern Großmächten, so lautet das Programm, mit dem eben jene Großmächte in Zukunft zu rechnen haben werden.

Da ist es denn erklärlich, daß besonders England zunächst ganz betroffen ist und die Presse dieses Landes der Kaiserrede gegenüber eine gegnerische Stellung einnimmt. Die Engländer betrachten den überseeischen Handel als ihr Monopol und eben, der durch Reichthümer und Leistungsfähigkeit dieses Monopols durchdringt, als ihren geschworenen Feind. Während Frankreichs Handel sich in relativen Ausdängungen befindet, hat sich Deutschlands Auslandsverkehr seit der Gründung des Reiches kolossal vermehrt. Was Wunder, daß die Engländer darüber aus der Haut fahren möchten. Bisher aber hatte der deutsche Handel mehr oder weniger auf eigene Gefahr operiert und nun kommt Kaiser Wilhelm, der seit dem Transvaal-Zwischenfall wieder schon an Beliebtheit bei den Engländern viel eingebüßt hatte, und erklärt es als seine kaiserliche Pflicht, den den Engländern so sehr verhassten deutschen Ueberseehandel noch besonders zu beschützen. Man kann sich leicht vorstellen, daß das die guten Engländer vollends aus dem Häuschen bringen muß und wirklich sind die Auslassungen der Londonerblätter über die Kieler Kaiserrede für gutbeachtete Gemüter keine angenehme Lektüre.

Standards, Daily News' und Daily Chronicle' ergehen sich in lauslichen Bemerkungen und glauben, das „aberranteste Gepränge in der Welt“ zu bilden, Propaganda für die Marineverträge zu machen, während die „Times“ fürchten, die Kieler Rede mißlingen zu den ungünstigsten Folgen, die von den Lippen ihrer erlauchter Urheber jemals gesprochen seien. Morning Post' mußtoß, der Kaiser habe durch eine kluge auswärtige Politik den inneren Schwierigkeiten zu begegnen. Daily Telegraph' hat Verträge wegen Auslands. Sein Berliner Korrespondent will aus gutinformierter diplomatischer Quelle wissen, die russische Regierung unterhalte keineswegs die deutsche Politik in China. Alle interessierten Mächte, nämlich England, Frankreich und Japan, hätten nach dem die Umwidmung der Inselgruppen und betrafen das Vorgehen Deutschlands vom „moralischen Gesichtspunkte“ als außer allem Verhältnis stehend mit dem existenten Unrecht. Es entspricht jedoch ihren Zwecken, vorläufig nur den Beobachter zu spielen. — Das ist die englische Auffassung, die ja von Vorderem dem deutschen Vorgehen nicht freundlich gegenüberstand.

Auffallend ist besonders die Betonung des „moralischen Standpunktes“ von englischer Seite! Eine Nation, die den Opiumkrieg gegen China, die eigenartige Bemühung des Sponsoringaufwandes in Indien, die Jambon-Expedition gegen Transvaal auf dem Gewissen hat, macht „moralische“ Einwendungen, wenn Deutschland seine Kaufleute und Missionare in China zukünftig besser schützen will, als dies bisher geschehen ist!

Wie klar im übrigen der Siao-Tschuan-Fall die englischen Sinne vermischt, zeigt die ausgebreitete Entenquid, die die englische Presse betreibt. Fast täglich wird irgend eine erlogene Nachricht durch das famole Bureau Dalziel telegraphiert. Die neueste Mitteilung dieses Stafflers besagt, daß Deutschland beabsichtigt, Schantung mit deutschen Familien zu bevölkern (!), Siao-Tschuan zu einem offenen Hafen zu machen, die Eisenbahnen und Bergwerke in den Händen zu behalten. Die chinesischen Truppen, die Siao-Tschuan räumen, sollen sich auf Verleumdung des Reichs noch weiter zurück, um Konflikte zu vermeiden. Der eigentliche Tölpel ist die unbillige das Verbalten der Berliner Regie-

zung in Angelegenheit der Degradation des Gouverneurs von Siao-Tschuan, da er fürchte, es würde die Loyalität der Mandarinen erschüttern. Die Regierung hätte den Forderungen der Deutschen nicht ohne Kampf nachgeben sollen. Dagegen scheint Japan mit der deutschen Unternehmung einverstanden zu sein.

Als Gegenstück soll hier noch die zwar etwas überhöchliche, aber doch durchaus deutsch-freundliche Auslassung der römischen Tribune über die Kieler Kaiserrede einen Platz finden. Das Blatt meint, die Rede des Kaisers Wilhelm und die Antwort seines Bruders spiegeln wunderbar das Bewußtsein einer auf dem Gipfel ihrer Entwicklung angelangten Kraft wider; sie sind wie der Schrei der Seele Deutschlands, das sich zu immer höherem Flug streift, wie der Adler auf den Farnen seines Nestes und seiner Nische.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Die beiden Kriegsschiffe „Deutschland“ und „Gefion“ unter Führung des Prinzen Heinrich sind nun nach China unterwegs. Der Kaiser hat sich in Kiel von seinem Bruder, den Schiffsführern und Mannschaften verabschiedet und hat schon dem Kaiserlichen Kommando in Friedrichshafen einen adersalbfühnigen Besuch abgestattet. Erzherzog von Stablenowski und Fürstbischof Ropp haben dem Kaiser nach Kiel Glück- und Segenswünsche für die ausdauernden Schiffe gefandt und haben darauf sehr hübsche Antworten erhalten. Alle diese Ehrdanden geben der Presse Stoff zu den mannigfachen Gerüchten, die sich auf die allgemeine Lage im Innern, und auf die Marineverträge beziehen.

* Der zweite Bundesstaat, dessen Zustimmung der Militär-Strafprozeßentwurf nicht genügen, ist Rußland. * Die vom Reichstag zur Vorbereitung der Militär-Strafprozeßordnung eingesetzte Kommission sollte eigentlich noch vor Eintritt in die Reichstagsferien gemäßigt werden. Die Absicht kam aber nicht verwirklicht werden. Die Wahl wird deshalb erst nach dem 11. Januar erfolgen und alsdann die Kommission sofort ihre Thätigkeit aufnehmen. Bezüglich des Vorgehens neigt man sich dahin, dieses Amt dem Führer der Konvention von Reuechow zu übertragen. Die Verhandlungen zwischen den Parteien über diesen Punkt schweben.

* Die geplante Reorganisation der Feldartillerie ist zunächst durch die Offiziere würde die Bemerkung, es seien, welche 1898 haben, wenn man die 13. Division, die einzige Generalwillingung der will, die gekommen des, wenn.

* Der Zustimmung, daß mittellose, ebe gefangen, berangung in die unterstehung. Nach gelege die die kriegerisch, falls der erste, solle zu über, machen die 316 354, 83 die gleiche 400 133, 83 Ausfühung. Maß der geles, Aufwendungen, die Folgen de, möglich. Auch hier fällt das Interesse der Arbeiter mit dem der Berufsgegenständlichen und Ausführungsbehörden genau zusammen.

* Die Disziplinardate gegen den Kriminalkommissar v. Lauch wird am

5. Januar verhandelt werden. Die eusschiebende Disziplinardate erster Instanz ist im vorliegenden Falle das Polizeipräsidium. Herr v. Lauch wird sich selbst verteidigen. Die Verhandlung, welche im Gebäude des Polizeipräsidiums stattfindet, ist nicht öffentlich.

Oesterreich-Ungarn.

* Der ungarische Graf Tschik, von dem kürzlich Neuigkeiten über Kaiser Wilhelm durch die Presse gingen, hat das Öffentliche Telegraphen-Bureau erlucht, in seinem Namen zu erklären, daß Kaiser Wilhelm mit ihm weder die kaiserliche Angelegenheit, noch die österreichische oder ungarische parlamentarische Lage gesprochen hat.

Schweiz.

* Die Schweizer Bundesversammlung in Bern wählte mit 133 von 150 Stimmen Konraden Kellenberger als Bundespräsident für 1898 und zum Vizepräsidenten Wilhelm Bern (tabula).

England.

* Von allen Seiten wird bekämpft, daß die Verhandlungen des ans je drei Vertretern der Arbeitgeber und Internschmerz Konföderation belienenden Ausschusses einen verhältnismäßig betriebenden Fortgang genommen haben. Der Ausschuss hat den Bericht über die Vorschläge angenommen, welche nach Ansicht der Arbeitgeber mit einer einzigen Ausnahme den Arbeitern als annehmbar erdienen dürften. Diese Ausnahme besteht in der Grundbesitz der Gesamt-Vertragsabschlüsse, welche den Arbeitern bei dem Einkommen faum dazuführbar erdienen und bezüglich dessen ihre Vertreter den Arbeitgebern bereits nünftliche Abänderungsvorschläge gemacht haben.

Spanien.

* General Bexler, der gegenwärtig in Madrid eine von Zweckentzweck nicht freie Rolle spielt, sollte auf der Eisenbahnfahrt das Zielobjekt eines anarchistischen Komplotts werden. In Saragozza wurde ein Anschlag von seinen Genossen zur Verantwortung gezogen und gescheitert, weil er die ihm in den Funktionen nicht angefertigt hatte. Das anarchistische Komplotz besetzte, die vom General früher in Barcelona angeordneten Exekution von Anarchisten auf dem Monjuich zu rächen. Die Unterdrückung wegen dieses Komplotts wird in Saragozza geführt.

* Mithilich der Meldung von der Wiederherstellung der Ruhe auf den Philippinen erdienen in Madrid am Donnerstag die Kaiser besagte; abends fand eine Illu-

Spanien.

mination statt. * Generaldirektor Jitenbach lehnt auf Grund der Sozialdemokraten die Unterdrückung des Gesetzes ab und hält dem Vorbernde entgegen, daß über den Begriff der Disziplin mit den Sozialdemokraten niemals einig werden, dem er verliche unter Disziplin unbedingte Eingabe an den König, unbedingte Treue zum Kriegsheer, unbedingten Gehorsam gegen Befehle des Kommandanten und die Pflege der edlen Kameradschaft. Am Zukunftsstaate der Sozialdemokraten würde man eine bewaimete Gesellschaft haben, für die ein humanitäres Verordnen nötig sei, und die auf fairestem Wege zu Rechten gelangt werden müßte, wenn sie nicht Dredre darere. Reber verteidigt dann den Entwurf. Darin, daß man zu jedem Kriegsgesicht nur einen Juristen zuzüge, lege kein Mißtrauen, sondern im Gegenteil ein Vertrauen zu den Juristen. Eine so humane Militärgerichtsbarkeit wie Deutschland habe kein geistiger Staat in der ganzen Welt.

Abg. Graf Bernhorff-Saenaburg (Freiheit) erntet das Bedauern nach einer solchen Vorlage an. Die ganze wesentliche Fortschritt gegen früher, gebe Einheitslichkeit des Verfahrens für Deutschland, Serientlichkeit und Mithilichkeit. Eine ganze Anzahl von Juristen wünschte heute eine Mehrheitsentscheidung des Unterrennes, man müße deshalb nicht zu weitgehende Abänderungsvorschläge ausser, sondern eine einstimmige Annahme zu erzielen suchen.

Abg. Bedt (Fr. An): Die Vorlage entspricht keinesfalls modernen Anschauungen, wie der Reichsfanzler behauptete, vielmehr hat der Herr Reichsfanzler sein Verpreden einer Vorlage mit modernen Rechtsanschauungen in ähnlicher Weise gehalten wie sein anders bezüglich des Vereinsgesetzes. Er hat die Vorlage beipflichtet mit unannehmlichen Bestimmungen. Es ist uns eine Saure, nicht der Reiter serviert. Herr Grober, dem ich im weitesten beipflichte, hat ja auch schon dargelegt, in wie vielen Punkten die Vorlage einer Abänderung bedarf. Nichts geht so barmherzig auf eine Reihe Eingeleiten ein. Vor allem muß der Gerichtsherr aus der Vorlage hinaus, die antiautoritäre Meinungsansicht aus alten Feudalzeiten. Es darf nicht sein, daß ein Gerichtsherr heute des Richters entbehrt, ob eine Unternehmung eingeleitet werden soll oder nicht. Obenbort man feststellen, die Juristen so gänzlich ausschließen, wie dies bei den Staatsgerichtshöfen geschehen soll. Die Dienstlichkeit soll ausgeschlossen werden

meine Hungersnot. Nachdem die Unzufriedenheit wiederholt den Korbon überdrückt und die Aufstellungen überfallen, vertrieben, verbumdet oder gefickt hatten, um sich in den Besitz von deren Verben zu setzen, trat auf Veranlassung des englischen Kommandanten das Kontingents zusammen, um die Injuranten aufzufordern, den Raub herauszugeben, wozu eine weite Gefangung vorhanden ist, da seit der Entzug des Ansehenshändlungsstrahls die Organisation im Innern aufgehört hat. Man befristet Repressalien von den Aufstehenden.

Deutscher Reichstag.

Am 17. d. erdicht das Sans zunächst einige Rednergehörten und ließ bekannt die erste Sitzung der Militärstrafprozeßreform fort.

Abg. Wasseremann (nat-lib) erdicht in der Vorlage einen Fortschritt, für dessen Erreichung man dem Reichstagsrat zu Dank verpflichtet sei. Zuvor brachten sich über manche Bestimmungen ärmersprechende Bedenken auf. Man erdichte deutlich, daß der Entwurf das Ergebnis einer sehr vertriebenen Anschauungen ist. Im einzelnen lobte der Redner an der Vorlage eine einnehmende Kritik, so z. B. an der vertriebenen Behandlung der vertriebenen und der zur Disposition gestellten Offiziere, an der zu weiten Ausdehnung der Zuständigkeit der Militärgerichte und der Vertriebenen, sowie auch der Standesrechte. Er äußerte Bedenken gegen die Ständigkeit der Kriegserdichte, gegen die geringfügige Zustellung von Juristen, gegen die Einmündung der Zulassung von Rechtsanwältigen, gegen den Reinertrag durch die Staatskasse u. s. w. Für die Kommission trat er eine Erörterung der Frage an, ob nicht das Institut des fliegenden Auditors für die Ständigkeit einzuordnen ist, das sich in Bayern so gut bewährt habe. An den Reichstagsminister richtete er die Anfrage, ob nicht das Ministerverordnen zu verhängen sein würde. Den Gründen für das Verbot eines bairischen Obersten Gerichtshofes trat er eine überzogene Kraft nicht beimessen.

Abg. F. Schme (Fr.) leit den Umfang der Militärstrafprozeß-Ordung für viel zu weitgehend, was er auf die Neigung des Militarismus zurückführte, seinen Einfluß möglichst auszuüben. In welche Richtung gerate der Soldat, wenn von der einen Seite getrieben werde, er müße sich ebenfalls auch auf Vater und Mutter schrecken, und wenn auf der anderen Seite das drückende Gebot verlange, Vater und Mutter zu ehren. Inhabitar bei der Bestimmung, daß alle Zustände von Rekruten-Prüfungen der militärischen Beurteilung unterliegen. Man dürfe doch nicht von einer beherrschten Disziplinar sprechen. Jeder ebe es zur Zeit seinen eigenen Gegenstand als zwischen Arme und Volk. Dem Mann im Soldatenstand, dem man den Weg des Krieges zu nennen befreit, werde nicht einmal das Recht der Freiheit seiner eigenen politischen und religiösen Meinung ausgeübt; das ist unerschöpflich und menschenunwürdig.

Rechtlich u. B. B. bemerkt dem Redner, dieser Ausdruck entdienen der zu müssen. Generaldirektor Jitenbach lehnt auf Grund der Sozialdemokraten die Unterdrückung des Gesetzes ab und hält dem Vorbernde entgegen, daß über den Begriff der Disziplin mit den Sozialdemokraten niemals einig werden, dem er verliche unter Disziplin unbedingte Eingabe an den König, unbedingte Treue zum Kriegsheer, unbedingten Gehorsam gegen Befehle des Kommandanten und die Pflege der edlen Kameradschaft. Am Zukunftsstaate der Sozialdemokraten würde man eine bewaimete Gesellschaft haben, für die ein humanitäres Verordnen nötig sei, und die auf fairestem Wege zu Rechten gelangt werden müßte, wenn sie nicht Dredre darere. Reber verteidigt dann den Entwurf. Darin, daß man zu jedem Kriegsgesicht nur einen Juristen zuzüge, lege kein Mißtrauen, sondern im Gegenteil ein Vertrauen zu den Juristen. Eine so humane Militärgerichtsbarkeit wie Deutschland habe kein geistiger Staat in der ganzen Welt.

Abg. Graf Bernhorff-Saenaburg (Freiheit) erntet das Bedauern nach einer solchen Vorlage an. Die ganze wesentliche Fortschritt gegen früher, gebe Einheitslichkeit des Verfahrens für Deutschland, Serientlichkeit und Mithilichkeit. Eine ganze Anzahl von Juristen wünschte heute eine Mehrheitsentscheidung des Unterrennes, man müße deshalb nicht zu weitgehende Abänderungsvorschläge ausser, sondern eine einstimmige Annahme zu erzielen suchen.

Abg. Bedt (Fr. An): Die Vorlage entspricht keinesfalls modernen Anschauungen, wie der Reichsfanzler behauptete, vielmehr hat der Herr Reichsfanzler sein Verpreden einer Vorlage mit modernen Rechtsanschauungen in ähnlicher Weise gehalten wie sein anders bezüglich des Vereinsgesetzes. Er hat die Vorlage beipflichtet mit unannehmlichen Bestimmungen. Es ist uns eine Saure, nicht der Reiter serviert. Herr Grober, dem ich im weitesten beipflichte, hat ja auch schon dargelegt, in wie vielen Punkten die Vorlage einer Abänderung bedarf. Nichts geht so barmherzig auf eine Reihe Eingeleiten ein. Vor allem muß der Gerichtsherr aus der Vorlage hinaus, die antiautoritäre Meinungsansicht aus alten Feudalzeiten. Es darf nicht sein, daß ein Gerichtsherr heute des Richters entbehrt, ob eine Unternehmung eingeleitet werden soll oder nicht. Obenbort man feststellen, die Juristen so gänzlich ausschließen, wie dies bei den Staatsgerichtshöfen geschehen soll. Die Dienstlichkeit soll ausgeschlossen werden